Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 12

Artikel: Abschied von der Linken?
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338573

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 12
Dezember 1972

Profil

Dr. Richard Lienhard

Abschied von der Linken?

> Der Sozialismus in Form seiner echten humanen und moralischen Bestrebungen bildet immer noch ein mächtiges Ziel für Millionen in der ganzen Welt, und die objektiven Vorbedingungen für den humanistisch-demokratischen Sozialismus sind heute besser gegeben als im 19. Jahrhundert. Erich Fromm

Unlängst erschien aus der Feder von Gerhard Szczesny ein Buch, «Das sogenannte Gute», welches in den Reihen der Sozialdemokraten kein geringes Erstaunen hervorgerufen hat. Der Grund liegt vor allem in der Tatsache, dass der bekannte Publizist und frühere Verleger das Vorwort zu dem genannten Werk unter den Titel setzte: «Abschied von der Linken». Wie kommt einer der aussagefähigsten Wortführer engagierter Aufklärung zu einem solch provozierenden Einleitungswort? Szczesnys Begründung lautet – kurz zusammengefasst – etwa wie folgt: er sei aus einem Liberalen der ersten Stunde in den ersten Jahren des Adenauer-Regimes zu einem Linken geworden. Dann aber sei «eine neue Generation herangewachsen, für die der Hitlerstaat und der Krieg historische Daten, aber keine Erfahrung mehr waren». Und wörtlich fährt er fort: «Soweit diese Nachkriegsgenerationen ein kritisches Bewusstsein entwickelten, massen sie die Mängel der bundesdeutschen Demokratie am Ideal einer Gesellschaft, in der Zwang und Ungerechtigkeit endgültig beseitigt waren. Es begann die Renaissance des Marxismus und Anarchismus, der Siegeszug jener aus Spekulation und Schwärmerei zusammengebrauten Heilslehre, die ein Herbert Marcuse am eingängigsten artikulierte.» Deshalb habe er – Szczesny – sich genötigt gesehen, von der Linken Abschied zu nehmen. Im weitern begründet er diesen Abschied damit, dass es einfacher und unmissverständlicher sei, sich vom Begriff «links» zu trennen, als diese Bezeichnung für liberal-demokratische, sozialdemokratische und allgemein-reformistische Programme in Anspruch zu nehmen.

Sozialdemokratie und linker Flügel

Man wird unserm Blatt nicht vorwerfen können, dass es gegenüber den Vertretern der neuen Linken unkritisch sei. In meinem Artikel «Spreng-

stoff Parteitag»[1] habe ich aus meiner Kritik an der Politik sogenannter progressiver Organisationen kein Hehl gemacht, und ich sehe keine Veranlassung, auch nur einen Satz der damaligen Ausführungen zurückzunehmen. Eine Präzisierung scheint mir indessen an dieser Stelle notwendig zu sein. Es gilt nämlich zu unterscheiden zwischen dem extremen Teil der neuen Linken und den Vertretern der sozialdemokratischen Linken, die als Jungsozialisten innerhalb der SP wirken. Der extreme Teil der neuen Linken lehnt im Gegensatz zu den Jungsozialisten alle parlamentarischen Institutionen ab und will mit den bestehenden Parteien nichts zu tun haben. Mit solchen Vertretern der Linken ist man rasch an die Grenzen der Diskussionsmöglichkeit angelangt. Szczesnys Kritik richtet sich aber auch gegen die in der SP organisierten Linkssozialisten. Er wirft ihnen vor, dass sie mit ihrer Phantasie die künftige Gesellschaft vorwegzunehmen trachteten. Der überwiegende Teil von ihnen wolle tatsächlich das Gute, aber die grossen Übel in der Welt seien nicht die Folgen böser Absichten, sondern die Folgen eines unbegrenzten Willens zum Guten. Die Vertreter dieser jungen Linken könnten sich mit ihrer politischen Brisanz und Brillanz um so besser durchsetzen, weil es in jeder Altersgruppe Menschentypen gebe, denen utopische Ideen am Herzen lägen.

Es ist mir unverständlich, wie Szczesny dazu kommt, jungen Menschen die Entwicklung kritischen Bewusstseins zum Vorwurf zu machen. Ist es nicht vielmehr besonders lobenswert, wenn sich Vertreter der jungen Generation Gedanken über die Möglichkeiten einer künftigen Gesellschaft machen, statt sich dem Gegebenen anzupassen? Oder findet es etwa Szczesny auch als verdammungswürdig, dass in Amerika eine grosse Zahl von Jugendlichen im Gegensatz zu den «Realpolitikern» nicht mehr länger gewillt ist, sich mit dem schmutzigen Vietnamkrieg und mit der körperlichen und seelischen Verkrüppelung unzähliger junger Amerikaner abzufinden?

Ebensowenig ist im Ernst zu bestreiten, dass die schweizerische Sozialdemokratie von der jungen Linken her wertvolle Impulse erhält, auch wenn die betreffenden Postulate nicht immer selbstverständlich formuliert sind. Hand aufs Herz: Haben solche Impulse nicht das Gute, manchen Vertreter unserer schweigenden Mehrheit aus der Selbstzufriedenheit aufzuschrecken und ihn zu zwingen, seine Position neu zu überdenken? So ist auf diesem Wege schon manches in Bewegung geraten, was sonst nicht in Gang gekommen wäre. Deshalb muss die Ruhe, die hierzulande im politischen Raum vorherrscht, immer wieder zurückgeholt werden: in die Unruhe und Problematik der noch ungelösten gesellschaftlichen Fragen.

Fehl geht Szczesny aber auch, wenn er der Linksopposition innerhalb der SP utopisches Denken ankreidet. Die herkömmliche Unterscheidung zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus hält nämlich einer nähern Prüfung nicht mehr stand. Der Marxismus hatte geglaubt, auf die Utopie verzichten zu können, da seine Vertreter überzeugt waren, dass

die geschichtlichen Gesetzmässigkeiten für die Lösung der sozialistischen Gesellschaftsprobleme genügen würden und es daher einer Vorausschau nicht bedürfe. Mit Recht bekennen sich selbst die Vertreter der neuen Linken nicht mehr zu diesem marxistischen Determinismus. Dagegen lässt sich nicht bestreiten, dass viele Problemstellungen und Lösungsversuche utopischer Sozialisten geradezu hochmodern anmuten, obwohl sie seinerzeit von Vertretern des Marxismus als blosse Zukunftsspekulationen abgetan wurden.[2] Auf dem Boden des modernen Sozialismus besteht kein Grund mehr, zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus einen Gegensatz zu sehen. Utopie und Wissenschaft sind vielmehr zwei einander ergänzende Bedingungen jeder Gesellschaftsreform. So kann keine Gesellschaftsreform ohne einen Schuss Utopie auskommen. Wie *Norbert Leser*[3] unlängst in der sozialistischen Schrift «Die Zukunft» ausgeführt hat, ermöglicht erst «die vom Konformismus als utopisch abgestempelte Geisteshaltung den Durchbruch in gesellschaftliches Neuland».

Darum sehen wir in der Linksopposition innerhalb unserer Partei eine wertvolle vorwärtsdrängende Kraft, der die Aufgabe zufällt, latente gesellschaftliche Probleme aufzudecken und der Umwelt bewusst zu machen. So muss anerkannt werden, dass es zum Beispiel auf dem Platz Zürich den Jungsozialisten in den letzten Jahren gelungen ist, Fragen des Umweltschutzes, der Stadtentwicklung, des Verkehrs- und Wohnungswesens aufzugreifen und radikal in Frage zu stellen. Diese gesunde und schöpferische Unruhe wirkt sogar in die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion hinein, und deren Politik hat dadurch nur gewonnen: zum Missvergnügen der bürgerlichen Ratsmehrheit, die in der Sozialdemokratie allzu gerne eine Agentur liberaler Privilegienwirtschaft sehen möchte und es gar nicht schätzt, wenn in den Oasen unserer Wohlstandsgesellschaft ein etwas frischerer Wind weht.

Damit soll nicht bestritten werden, dass in Szczesnys «Das sogenannte Gute» ein Stück Wahrheit steckt. Und die Vertreter der Jungsozialisten wären schlecht beraten, wenn sie sich darüber einfach hinwegsetzten. Es ist nämlich zu unterscheiden, ob die Utopie der Entwicklung bloss vorgreift, prinzipiell aber innerhalb möglicher Grenzen derselben verbleibt oder ob es sich um eine Utopie handelt, die das Unmögliche möglich machen will. Selbst *Günther Nenning,* das Idol der linksgerichteten Jugend Österreichs, plädiert in seiner Schrift «Neues Forum» für eine realistische Utopie (ein Begriff, der nur auf den ersten Blick als Widerspruch in sich selbst erscheint). Wer unter der jungen Linken diesen Vorbehalt nicht zur Kenntnis nehmen will, läuft gerne Gefahr, abstrakte Ziele anzusteuern und mit abstrakten Formeln über die Köpfe der gegenwärtigen Menschen hinwegzupolitisieren. Dass eine solche Politik keine Grundlage für eine erfolgversprechende Strategie bilden kann, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Stalin lebt

Der Gerechtigkeit halber muss gesagt werden, dass Szczesny nicht nur mit der Linken, sondern auch mit den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaft scharf ins Gericht geht. Und insofern bildet das Werk «Das sogenannte Gute» eine interessante Diskussionsgrundlage für Sozialdemokraten und Freisinnige. Nicht das gleiche kann von Ulrich Kägis Schrift «Wider den Strom»[4] gesagt werden. Sein Abschied von der Linken überrascht uns zwar – im Gegensatz zu demjenigen Szczesnys – nicht. Schon als «Volksrecht»-Redaktor hat er in einer oberflächlich – um nicht zu sagen liederlich – abgefassten Artikelserie «Sozialismus heute» diesen Abschied formuliert, um kurz darnach in die Redaktion der «Weltwoche» hinüberzuwechseln. In der Schrift «Wider den Strom» unternimmt es der Verfasser mit dem ihm eigenen Sinn für politischen Masochismus, seinen Abschied von der Linken noch ausführlicher und genüsslicher zu begründen, als dies in der genannten Artikelserie der Fall war. Es handelt sich da – wieder im Gegensatz zu dem Werk von Gerhard Szczesny – um eine eigentliche Streitschrift gegen die Linke, die nach dem Rezept von Mephisto «ein bisschen Wahrheit», zahlreiche Halbwahrheiten und viel Unsinn enthält. Allein schon der Titel stellt eine Provokation dar. Bei dem politischen Klima, das in unserm vorwiegend konservativen Land herrscht, lässt sich sicherlich nicht behaupten, Kägi schwimme heute gegen den Strom. Das Gegenteil ist richtig. Gewiss hat der Titel seine Berechtigung für die Zeit, da Kägi prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei war. Er galt damals, wie er selbst zugibt, als einer der härtesten Stalinisten der Schweiz. Wer sich unter den KP-Genossen der Rechtsabweichung schuldig machte oder gar des Sozialdemokratismus verdächtig war, wurde unbarmherzig vom Bannstrahl Kägis getroffen. Nach seinem Übertritt in die SP schickte er sich bald an, mit seinem unheimlichen missionarischen Eifer ideologische Unsicherheit und Verwirrung in die Reihen dieser Partei zu tragen. Hatte er sich in der KP gegen die Rechtsabweichler gewandt, so richtete er nun den Spiess gegen die Linksabweichler der SP. Rasch wurde offenbar, dass dieser Eifer eines Neubekehrten nicht mehr mit normalem Mass zu messen war, sondern nur die umgekehrte Medaille stalinistischer Unfehlbarkeit und Intoleranz bedeutete. Stalin lebt. *Jewtuschenko* hat es gesagt:

«Nein, Stalin hat sich noch nicht ergeben,
seinen Tod hält er für korrigierbar.
Wir haben ihn aus dem Mausoleum herausgetragen,
aus den Herzen der Erben lässt er sich nicht entfernen.»

Offenherzig bekennt Kägi in seiner Schrift, dass er mit dem Begriff «links» nichts mehr anfangen könne. Der «Weltwoche»-Redaktor begnügt sich indessen nicht damit, Abschied von der Linken zu nehmen, sondern er zieht undifferenziert und simplifizierend gegen alles zu Feld, was die Bezeichnung «links» trägt: die neue Linke, die junge Linke, die Nonkonfor-

misten (insbesondere Roman Brodman), die linken Studentenorganisationen, die linken Intellektuellen und Schriftsteller. Während sich Szczesny uneingeschränkt zum Programm der Sozialdemokratie bekennt, weicht Kägi immer wieder auf die «soziale Demokratie» aus. Die Sozialdemokratie kommt bei ihm weniger gut weg; denn nach seiner Auffassung ist sie so «facettenreich», dass in ihr jederzeit Vertreter der neuen oder jungen Linken Aufnahme finden können.[5] Dafür ist nach Kägi die freie Marktwirtschaft nicht nur die leistungsfähigste Ordnung, welche die Welt je erlebte, sondern sie ist auch die «Voraussetzung und Grundlage der politischen Freiheit und der Demokratie» (!). Eine solche These steht nicht nur im krassen Gegensatz zum Parteiprogramm der SP, sondern erscheint gerade heute im offensichtlichen Widerspruch zur harten Wirklichkeit: Wie gross ist die Zahl jener, die an jenem freien Spiel der sozialen und ökonomischen Kräfte teilnehmen? Wie mancher kann sich ausser den Unternehmern die Entfaltung einer wirtschaftlichen Initiative mit entsprechenden Gewinnchancen überhaupt leisten? Wie steht es mit der gerechten Verteilung der Güter und Chancen auf dem Boden einer Wirtschaftsordnung, welche die Geschäftstüchtigen und Habsüchtigen privilegiert? Kann eine Wirtschaftsordnung, welche vorwiegend zum Egoismus, zu Verantwortungslosigkeit und zur Rücksichtslosigkeit statt zur Solidarität erzieht, der Entwicklung einer Demokratie förderlich sein? Was ist von einer Wirtschaftsordnung zu halten, in welcher nicht mehr Angebot und Nachfrage, sondern die Monopole den Markt beherrschen, so dass schliesslich der vielverlästerte Staat das Prinzip des Leistungswettbewerbs gegen die «liberale» Marktwirtschaft verteidigen muss? Kann heute noch ohne ganz erhebliche Abstriche von einer Marktwirtschaft gesprochen werden, nachdem sie durch Konzentrationsprozess und Kartellbildung ausgehöhlt worden ist? Ist in der Tat jene Wirtschaftsordnung die beste, in welcher sich die Schere zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum immer mehr öffnet? Hat Kägi als Mieter einer Genossenschaftswohnung keinen Blick mehr für die feudalistischen Zustände, wie sie heute auf dem Wohnungsmarkt der angeblich so vorbildlichen liberalen Wirtschaftsordnung herrschen?

Man muss solche Fragen stellen, um gleich zu erkennen, dass Kägi in seiner fatalen Simplifizierung mit den extremen Linksradikalen übereinstimmt.

Sozialdemokratie heute

Kägi beklagt sich in seiner Schrift darüber, dass er nach seiner «Volksrecht»-Artikelserie «Sozialismus heute» in der SP ein politisch und moralisch toter Mann gewesen sei. Immerhin hätten ihm «verschiedene Prominente der SP verstohlen die Hand gedrückt». Damit stellt er dieser «Prominenz» ein nicht eben glänzendes Zeugnis aus. Jedenfalls lässt sich nicht behaupten, dass solche Aussagen für die SP besonders werbewirksam sind. Es dürfte sich bald genug zeigen, dass Kägis Schrift mit ihren Ausführun-

gen über Widersprüche sozialdemokratischer Politik eine ausgiebige Quelle für bürgerliche Wahlmanager darstellt.

Indem Kägi an den Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik rührte, hat er mit seinem durch stalinistische Schulung entwickelten politischen Scharfsinn die Achillesferse der SPS entdeckt. Es lässt sich nämlich nicht bestreiten, dass unsere Partei seit Jahr und Tag die theoretische Seite ihres Wirtschaftsprogramms arg vernachlässigt hat. Bei der allgemeinen Hebung des Lebensstandards ist es zwar verständlich, dass man in der Sozialdemokratie von der einst einseitigen Betonung des Wirtschaftsprogramms abgekommen ist: mit der Folge, dass Sozialpolitik, Kulturpolitik und Aussenpolitik in den Vordergrund rückten. Wer heute aber die Entwicklungen im Wirtschaftsleben unseres Landes kritisch verfolgt, wird nicht um den Schluss herumkommen: die SP muss ihre wirtschaftspolitische Aufgabe wieder deutlicher erkennen und herausstellen. Zu diesem Zwecke bedarf es noch keiner Revision des Parteiprogramms. Es genügt indessen nicht, einfach auf das Parteiprogramm zu verweisen. So wie es der SP gelungen ist, ein überzeugendes Leitbild für die Sicherheitspolitik unseres Landes zu formulieren, so sollte es auch möglich sein, ein wirtschaftspolitisches Leitbild auszuarbeiten. Im folgenden sei kurz umschrieben, in welche Richtung die Konzeption eines solchen Leitbildes gehen müsste.

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung unseres Landes weist eine tödliche Schwäche auf: es fehlt ihr das Instrumentarium ausreichender wirtschaftlicher Voraussicht. Wohl besteht die Möglichkeit, durch monetäre und fiskalische Massnahmen die Konjunkturkurve zu beeinflussen. Bei der enormen Zunahme der Abzahlungsgeschäfte und bei dem trügerischen Gefühl wirtschaftlicher Sicherheit müsste bei einem stärkern Konjunkturwechsel der wirtschaftlich Schwächere empfindlicher getroffen werden, als dies früher der Fall war. Entscheidender ist aber, dass heute Probleme auf uns zukommen, die nur vom Staat gelöst werden können. Man denke nur an den Umweltschutz, von dessen Entwicklung die Zukunft der Menschheit abhängt. Ein weiteres Beispiel liegt zum Greifen nah: das zunehmende unsinnige Wirtschaftswachstum, welches immer deutlicher auf Kosten der Lebensqualität geht und in weitesten Kreisen unserer Bevölkerung höchstes Unbehagen hervorruft. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch die bereits genannte Tatsache, dass sich die Schere zwischen öffentlicher Verarmung und privatem Reichtum immer mehr öffnet, womit die Lösung der Umweltsprobleme zum vornherein in Frage gestellt ist: sofern es uns nicht gelingt, den öffentlichen Sektor auf Kosten des privaten zu erweitern. Das heisst aber nichts anderes, als dass die Wirtschaftsplanung in den Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik zu stellen ist. Nur durch solche Planung können erwünschte Tendenzen in der Wirtschaft gefördert und unerwünschte gehindert werden. Wirtschaftsplanung heisst ja nichts anderes, als dass die organisierte menschliche Gesellschaft ihr

Wirtschaftsschicksal bewusst gestalten soll. Diese Erkenntnis gehörte bereits zum Fundament des Marxismus und blieb die tragende Idee auch des demokratischen Sozialismus. Gewiss wird schon im Parteiprogramm auf die Notwendigkeit planenden Wirtschaftens hingewiesen. Nun gilt es aber, angesichts der auf dem Boden unserer liberalen Wirtschaftsordnung wachsenden höchst bedenklichen Zustände die Notwendigkeit der Wirtschaftsplanung neu zur Darstellung zu bringen. Dabei wird es auch unsere Aufgabe sein, die mit der Planwirtschaft verbundenen Vorurteile abzubauen. Angesichts gewisser Fehlleistungen in der Planwirtschaft der kommunistischen Staaten haben es die Vertreter unseres liberalen Wirtschaftssystems immer wieder verstanden, jede Art von Wirtschaftsplanung zu verteufeln. Planung heisst aber nicht – wie freisinnige Redaktoren immer wieder weiszumachen versuchen – Ersatz des Marktes durch zentrale Wirtschaftsleitung. Es liegt nach sozialdemokratischer Auffassung keineswegs im Wesen der Planung, die Initiative der Einzelwirtschaften auszuschalten. Mit dem Instrumentarium Keynescher Prägung hat – um mit Norbert Leser zu sprechen – «die moderne Wirtschaftsplanung die Möglichkeit, dem privaten Wirtschaftstreibenden eine mit dem Gemeinwohl verträgliche Marschroute aufzuzwingen». Dass Wirtschaftsplanung zur Zwangswirtschaft und Unfreiheit führen müsse (wie die Vertreter unserer rechtsbürgerlichen Presse im Verein mit Ulrich Kägi behaupten) ist nichts anderes als Generalunsinn – um ein Wort von *Karl Renner* zu gebrauchen. Durch Wirtschaftsplanung soll ja vielmehr die durch wirtschaftliche Not bedingte Beeinträchtigung der Freiheit verhindert werden. Gerade im Interesse der Befreiung des einzelnen von Beschränkungen und Bedrückungen der Umwelt ist es häufig unabwendbar, kollektive Mittel anzuwenden. Deshalb wurde der Sozialismus gelegentlich als «kollektiver Individualismus» definiert. *Norbert Leser* hat diesen Begriff zutreffend wie folgt umschrieben: Das Wesen des Sozialismus liegt im individualistischen Moment, und der «Kollektivismus, der den Sozialismus immer wieder als Vorwurf belastet, ist nur die technische Übersetzung der Anliegen des Individualismus unter den Bedingungen der modernen Massengesellschaft.[6] Daraus folgt: Die Wirschaftsplanung muss wieder eine zentrale Stellung im sozialdemokratischen Programm erhalten. Einem so weitreichenden Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie wird das Echo aus den breitesten Schichten unserer Gesellschaft sicher sein.

Unbequeme Linke

Es wird weiterhin die Aufgabe der Linken sein, die Freiheits- und Fortschrittstendenzen in unserer Gesellschaft aufzuspüren und ihrer Verwirklichung zu dienen. Wer es unternimmt, hier seinen Beitrag zu leisten, muss in unserm konservativen Land noch immer den unbequemen Weg wählen. Leichter ist es, sich unkritisch den Argumenten unserer grossen politischen Blätter anzuschliessen, auf den Wogen unserer Erfolgs- und Profitwirt-

schaft mitzuschwimmen, deren Vertretern heimlich zuzuzwinkern oder «verstohlen die Hand zu drücken». Um so dringender und zwingender ist die Funktion der unbequemen Linken in unserer Gesellschaft. Was der Abschied von dieser Linken bedeutete, hat Ernst Fischer kurz vor seinem Tode im Wiener Tagebuch mit eindrücklichen Worten notiert:

> «Ein Beispiel zu geben, vorwärtszudrängen, den Kampf aufzunehmen, den Kampf um radikale, konsequente Demokratie in allen Bereichen des Staates und der Wirtschaft, der Schulen und der Parteien, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, nicht im Jetzt und Hier stecken zu bleiben, sondern Zukunft vorwegzunehmen, dazu ist die Linke, diese unbequeme Linke, unentbehrlich.
> Wer sie bejaht, hat die Pflicht, an ihr Kritik zu üben. Von ihr Abschied nehmen hiesse Abschied nehmen nicht nur von dem, wofür wir gelebt haben, sondern von der Zukunft, der Hoffnung und der Phantasie.»

[1] «Profil» 10/1970.

[2] Es kann hier auf die von Martin *Buber* verfasste Schrift «Pfade in Utopia» verwiesen werden.

[3] Norbert Leser ist Dozent an der Universität Salzburg. Es handelt sich um einen liberalen Sozialisten, der sich durch zahlreiche Publikationen über die Grenzen Österreichs hinaus einen Namen geschaffen hat.

[4] Ulrich Kägi: Wider den Strom. Vom Kommunismus zur sozialen Demokratie. Verlag Huber, Frauenfeld.

[5] Wider den Strom (Seite 78).

[6] Das Gesellschaftsbild des Sozialismus. Verlag Wiener Volksbuchhandlung.

Die populären Bilder von der «sozialen Marktwirtschaft», der allgemeinen Konkurrenzwirtschaft sind eine blosse Fabel. Unsere Wirtschaft wird durch grosse Konzerne, durch erhebliche Staatsinterventionen auf vielen Gebieten (Landwirtschaft, Schiffbau, «Zonenrandgebiete», Verkehr und so weiter) und durch eine relativ kleine Zahl wirklich selbständiger, untereinander konkurrierender Betriebe charakterisiert. Es kann kein Zweifel sein, dass dort, wo wirklich freie Konkurrenz besteht und keine dominierenden Unternehmen vorhanden sind, die optimale Versorgung der Konsumenten gesichert ist. Die Sozialdemokratische Partei hat versucht, durch ein schärferes Kartellgesetz die Möglichkeit zu schaffen, dass der Wettbewerb dort, wo er in Gefahr ist, wiederhergestellt wird. Die CDU hat diese Gesetzesnovelle abgelehnt.

Iring Fetscher in «Die Zeit»